Das Schreiben des Bundesrates an den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes

Die Bundespräsidentin Viola Amherd zeigt sich im Namen des Bundesrates mit einem Schreiben vom 5. März 2024 an den SIG solidarisch mit den Schweizer Jüdinnen und Juden.

© Béatrice Devènes Bundeskanzlei

Das Schreiben des Bundesrates an den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Die Bundespräsidentin

CH-3003 Bern

POST CH AG

Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund
Herr Ralph Lewin, Präsident
Herr Jonathan Kreutner, Generalsekretär
Gotthardstrasse 65
Postfach
8027 Zürich

Bern, 5. März 2024

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrter Herr Generalsekretär

Es ist mir ein Anliegen, den Schweizer Jüdinnen und Juden und dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund nach der Messerattacke in Zürich die Solidarität des Bundesrates zu bekunden. Antisemitismus und Rassismus haben keinen Platz in unserem Land, völlig egal, aus welchen ideologischen Quellen sie sich speisen. Jüdinnen und Juden sollen in der Schweiz frei von Angst und Gewalt leben können – wie alle Menschen in unserem Land.

Der Angriff in Zürich löst grosse Verunsicherung aus und es bedrückt mich, dass diese Tat das Sicherheitsgefühl der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz beeinträchtigt. Ich versichere Ihnen, dass sich die lokalen Sicherheitsbehörden vor Ort und der Bund für den Schutz aller jüdischen Menschen in der Schweiz einsetzen. Die für die Sicherheit zuständigen Bundesbehörden verfolgen die Lageentwicklung weiterhin aufmerksam und tauschen ihre Erkenntnisse mit den Partnern aus. Die Bundespolizei fedpol unterstützt den Kanton Zürich bei der Aufklärung des Angriffs.

Wie Sie wissen, unterstützt der Bund seit einigen Jahren Sicherheitsvorkehrungen für jüdische Einrichtungen wie Synagogen oder Schulen. Nach dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel ist das Sicherheitsbedürfnis der jüdischen Gemeinschaft auch hierzulande grösser geworden. Aus diesem Grund sind die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel verdoppelt worden.

Mehr denn je ist der Bundesrat der Ansicht, dass es jetzt eine koordinierte Strategie und einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus braucht und die Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen auf verschiedenen föderalen Ebenen wichtig ist. Er empfiehlt deshalb auch die Annahme der Motion 23.4335 am 7. März 2024 im Parlament, die das fordert.

Bundeshaus Ost
CH-3003 Bern
www.vbs.admin.ch